

06/18

Informationen der  
Vereinten  
Dienstleistungsgewerkschaft  
Fachbereich Bund + Länder

## Mitglieder des ver.di Landesfachbereichsvorstandes Bund und Land im Gespräch mit Nancy Faeser, MdL, SPD

Die Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018 liegt unmittelbar vor uns. Nach allen Umfragen ist offen, wie diese ausgehen wird. Viele Konstellationen sind für eine Regierungsbildung möglich. Wir wollten deshalb von Nancy Faeser, SPD MdL, und im Schattenkabinett im Falle eines Wahlerfolges für das Innenressort vorgesehen, vor der Wahl für den Fachbereich Bund und Land wichtige Fragen ansprechen und zu möglichen Vorklärungen von Positionen zu gelangen.

Wesentliche Inhalte, die wir im Hessischen Landtag erörtert haben, sind gewesen:

- Digitalisierung der Verwaltung und Modellbehörden Regierungspräsidien - Sicherstellung einer umfassenden Mitbestimmung für die Personalräte
- E-Justice, Zugang zur Verwaltung und Datensicherheit
- Personelle Ausstattung vor dem Hintergrund zusätzlicher Aufgaben und Demographie bedingten Umbruch in der Landesverwaltung
- „Eigene Tariflandschaft Hessen“, anstehende Tarifrunde 2019 und Wiedereintritt in die TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder)

Diese Themenkomplexe sind Nancy Faeser vorgestellt und mit ihr diskutiert worden. Sie hat dabei unterstrichen, dass die Digitalisierung der Verwaltung ein Zukunftsprojekt sei, das nur gelingen könne, wenn die Beschäftigten mitgenommen werden. Dazu bedürfe es umfassender Mitbestimmung. Sie stimme mit ver.di überein, dass hier Dringlichkeit bestehe. Eine umfassende Novellierung des HPVG, wie von der SPD gefordert, benötige Zeit, weshalb die Mitbestimmungsrechte für Personalräte in diesem Zusammenhang gesondert und vorne weg geklärt werden müssen.

Digitalisierung müsse auch mitarbeiterkonform entwickelt werden. Es ergeben sich Chancen neuer Arbeitszeitgestaltung, wie Home-Office und mobiles Arbeiten, die vertraglich abgesichert werden müssen, so Faeser. Das könne auch ein Weg sein, den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver zu machen, jenseits der Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in denen zunehmend die Wirtschaft „aufgeholt habe“. Aus Sicht von ver.di ist es erforderlich, diesen Weg zu gehen, allerdings bedürfe es auch der vertraglichen Sicherung neuer Arbeitszeitmodelle, die mit uns ausgehandelt werden müssen.

Digitalisierung erfordert aus ver.di - Sicht auch Datenschutz und -sicherheit, weshalb die HZD gestärkt werden muss. Und dort wie in den Pilotprojekten zur Digitalisierung muss eine höhere Ausstattung mit eigenem Personal sichergestellt, gleichzeitig der Einsatz externer Beschäftigter zurückgenommen werden. Auch in dieser Frage konnten wir Übereinstimmung feststellen.

ver.di fordert, dass bei der Digitalisierung, gerade auch bei Vorgängen in der Justiz, das klassische Verwaltungsverfahren und die Papierform gewährleistet bleiben muss. Die Möglichkeit des Bürgers, mit „seiner Verwaltung“ zu kommunizieren, darf

**Online-Beitritt: [www.mitgliedwerden.verdi.de](http://www.mitgliedwerden.verdi.de)**

INFORMATION

sich auch künftig nicht auf den digitalen Datenaustausch beschränken. Dort wo der Bürger es wünscht, muss der Kontakt ebenso möglich sein wie der sonstige Zugang. Nancy Faeser unterstützt diese Position und sieht das Erfordernis im Personalbereich vor allem in dem Sinne, dass Digitalisierung nicht als Vorwand für Personalabbau dienen dürfe.

Das Problem bei der Personalrekrutierung führt auch unmittelbar zu der Frage, wie wird es mit der Tarifrunde 2019 in Hessen? Zur besseren Eingruppierung besonders umworbener Beschäftigtengruppen hat ver.di aufgrund der Prozessvereinbarung im Tarifergebnis vom 3.3.2017 inzwischen positive Verhandlungsstände realisiert, die aber erst mit einer Gesamteinigung in der Tarifrunde 2019 mit dem Land Hessen umgesetzt werden können. Die Tarifrunde 2019, so Nancy Faeser, werde geführt; der Übergang in die Rückkehr in die TdL erfordere einen langen Prozess, der sich über einige Jahre hinziehen werde. Dabei gelte es vor allem, die Besitzstände zu sichern, die sich aus den Abweichungen von TV-H zum TV-L ergeben.

Aus Sicht des Fachbereichs Bund und Land sind in dem erfreulich offenen Gespräch mit MdL Nancy Faeser wesentliche Fragen, die unsere Mitglieder bewegen, mit einem guten Ergebnis aufgearbeitet worden.

Mirjam Mohr  
stellvertretende Vorsitzende des  
Landesfachbereichsvorstandes

Thomas Schenk  
Landesfachbereichsleiter

